

## Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Datum: 28. März 2022  
Ort: Hybride Sitzung (in Präsenz im Börsensaal der IHK Köln und über MS Teams)  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 21:10Uhr

# Inhalt

<b>Inhalt</b>	<b>2</b>
<b>Beschlussübersicht</b>	<b>3</b>
<b>Anlagen</b>	<b>4</b>
<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>TOP 1 Beschlussfähigkeit, Verpflichtung und Protokoll</b>	<b>5</b>
Feststellung der Beschlussfähigkeit und Verpflichtung neuer Mitglieder	5
<b>AKTUELL: Russland-Ukraine-Krise</b>	<b>6</b>
<b>TOP 2 Aktuelles aus der IHK-Arbeit</b>	<b>7</b>
Politische Arbeit der IHK Köln	7
Jahresthemen 2022	8
Neue Struktur der IHK Köln	8
Kurzberichte aus IHK NRW und DIHK	9
Weitere aktuelle Themen	9
<b>TOP 3 Strukturwandel im Rheinischen Revier – Positionen der IHK Köln</b>	<b>10</b>
<b>TOP 4 Wahlprüfsteine für die Landtagswahl</b>	<b>12</b>
<b>TOP 5 Prozess „IHK Köln der Zukunft“ und Beschlussfassung zur weiteren Vorgehensweise</b>	<b>13</b>
<b>TOP 6 Weitere Beschlüsse</b>	<b>17</b>
Weiterentwicklung der Satzung – Berufung Satzungsausschuss	17
Beschaffungsrichtlinie um Nachhaltigkeitsaspekte erweitert	18
Benennungen für den Berufsbildungsausschuss	19
<b>TOP 7 Kurzberichte aus den Ausschüssen</b>	<b>19</b>
<b>TOP 8 Zur Information</b>	<b>21</b>
Nachberufene Mitglieder Beratende Versammlung Rhein-Erft und Wirtschaftsgremien	21
MRR-Berufungen	21
<b>TOP 9 Sonstiges</b>	<b>21</b>

Die Abschnitte der Tagesordnung sind mit Links verbunden. Klicken Sie auf einen Tagesordnungspunkt der obigen Agenda, springt das Dokument zur jeweiligen Seite im Protokoll. Am Ende eines Abschnitts befindet ein (↑)-Zeichen. Wenn Sie hierauf klicken, gelangen Sie wieder zur Tagesordnung zurück.

## Beschlussübersicht

Beschluss	Schlagwort
-	Testabstimmung
1	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. November 2021
2	Position der IHK Köln „Energieversorgungssicherheit“
3	Position der IHK Köln „Flächenentwicklung“
4	Forderungen der IHK Köln zur Landtagswahl 2022
5	„IHK Köln der Zukunft“ Ausschluss Variante 1
6	„IHK Köln der Zukunft“ Vertiefte Untersuchung Varianten 2 und 3
7	Einsetzung Satzungsausschuss
8	Benennungen Satzungsausschuss
9	Beschaffungsrichtlinie
10	Benennungen Berufsbildungsausschuss

# Anlagen

- Anlage 1** Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung
- Anlage 2** Klimaschutz und Energiesicherheit Rheinland 2030
- Anlage 3** „IHK der Zukunft“ Varianten 1 bis 3
- Anlage 4** Anforderungsprofil und Machbarkeitsstudie
- Anlage 5** Wirtschaftlichkeit

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Frau Dr. Grünewald** begrüßt die virtuell zugeschalteten und im Börsensaal anwesenden Mitglieder sowie die Gäste sehr herzlich zur hybriden Frühjahrssitzung der Vollversammlung und informiert über die wichtigsten Vereinbarungen und Abläufe.

**Frau Dr. Grünewald** gratuliert Frau Keyser, Herrn Oelschläger und Herrn Böse nachträglich herzlich zu Ihren runden Geburtstagen.

**Frau Dr. Grünewald** bittet die Damen und Herren, sich von den Plätzen zu erheben und Herrn Dr. Karlheinz Gierden im stillen Gedenken zu ehren. Herr Dr. Gierden ist am 24. Januar 2022 im Alter von 95 Jahren verstorben. Herr Dr. Gierden war Vorstandsvorsitzender der Volksbank Köln Bonn e.G. und in den Jahren 1980 bis 1991 Mitglied der Vollversammlung.

## TOP 1 Beschlussfähigkeit, Verpflichtung und Protokoll

### Feststellung der Beschlussfähigkeit und Verpflichtung neuer Mitglieder

**Frau Dr. Grünewald** erläutert, dass zu Beginn der Sitzung, eine Probeabstimmung mit dem VOTR-Tool durchgeführt werde und kündigt einen Abstimmungszeitraum von zwei Minuten an. Sodann eröffnet sie die Testabstimmung.

#### TESTABSTIMMUNG

Von wo aus nehmen Sie an der Sitzung der Vollversammlung teil?

Börsensaal der IHK Köln: 19

Büro: 19

Sonstiger Ort: 10

**Frau Dr. Grünewald** bedankt sich für die Testabstimmung.

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass Herr Johan Vanneste am 31. Dezember 2021 aus der Flughafen Köln/Bonn GmbH ausgeschieden sei. Sein Mandat in der Vollversammlung habe er deshalb niedergelegt. Herr Jan Heitmann, Director Public Affairs bei UPS, habe die nächsthöchste Stimmzahl erreicht. Herr Heitmann sei bereit, das Mandat anzunehmen. **Frau Dr. Grünewald** heißt Herrn Heitmann im Kreise der Mitglieder der Vollversammlung willkommen.

**Frau Dr. Grünewald** informiert, dass zum Protokoll der Sitzung vom 30. November 2021 ein Ergänzungswunsch von Herrn Zarinfar eingegangen sei. Der Änderungswunsch sei in der Einladung zur heutigen Sitzung mitgeteilt worden. **Frau Dr. Grünewald** schlägt vor, den Satz:

*„So wurde vorgeschlagen, für die einzelnen Durchführungsvarianten jeweils eine Lebenszyklusanalyse zu erstellen, um die Varianten anhand der energetischen Abschätzungen vergleichen zu können. Dies liefere eine bessere Entscheidungsgrundlage.“*

im Text auf Seite 19 nach Zeile 11 zu ergänzen. Sie erkundigt sich, ob hierzu Einwände bestünden. Dies ist nicht der Fall. Sie leitet über zur Beschlussfassung:

## BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 30. November 2021 mit der genannten Ergänzung.

Ja: 49

Nein: 1

Enthaltung: 0

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass das Protokoll entsprechend ergänzt und anschließend veröffentlicht werde.

## AKTUELL Russland-Ukraine-Krise

**Frau Dr. Grünewald** stellt aus aktuellem Anlass diesen Punkt an den Beginn der heutigen Sitzung. Sie bittet die Mitglieder und Gäste der Vollversammlung, einen Moment innezuhalten und die Gedanken den Menschen zuzuwenden, die den russischen Staatsterror erleiden müssen oder auf der Flucht oder in diesem Krieg zu Tode gekommen seien.

Der Krieg betreffe viele Millionen Menschen in der Ukraine und füge ihnen großes Leid zu. Auch die wirtschaftlichen Folgen seien unabsehbar. Die Unternehmen in der Kölner Region, wie in ganz Deutschland, engagierten sich in hohem Maße und organisierten beispielsweise eigene Hilfsangebote.

Die Auswirkungen des Krieges betreffen die Wirtschaft in Deutschland massiv. Deshalb habe der DIHK eine Blitzumfrage durchgeführt. Sie werfe ein Schlaglicht auf die aktuelle Situation der Unternehmen. 78 Prozent der Gesamtwirtschaft sähen sich vom Krieg und den verhängten Sanktionen direkt oder indirekt betroffen, blicke man auf die Industrieunternehmen erreiche der Wert sogar 91 Prozent. Zwei Drittel der Unternehmen gäben die Preissteigerungen an die Kunden weiter, ein Drittel erhöhe die Lagerhaltung. Weiterhin würden Maßnahmen wie die Streichung oder Verschiebung von Investitionen, die Suche nach neuen Lieferanten, Personalanpassungen oder verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien umgesetzt. Die Unternehmen spürten bereits die Folgen des Krieges oder der Sanktionen oder erwarteten diese. So gingen fast 90 Prozent von höheren Energiekosten und zwei Drittel der Befragten von höheren Kosten für Rohstoffe und Vorleistungen aus. Hinzu komme, dass mehr als 60 Prozent der Unternehmen Störungen der Lieferketten spürten oder mehr als ein Viertel sogar den Verlust/Abbruch von Geschäftsbeziehungen feststellten.

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass die Broschüre mit den Untersuchungsergebnissen auf der Seite des DIHK abrufbar sei ([Link](#)). Sie weist zudem auf die Homepage der IHK Köln hin, die ein sehr umfangreiches Informationsangebot in einer Vielzahl von Kategorien, beispielsweise zur Energieversorgung, zu Zollfragen oder Exportkrediten, anbiete. Außerdem sei eine eigene Seite mit ersten Informationen zu den Themen Arbeitssuche und Ausbildung für Flüchtlinge eingerichtet worden, die auch in ukrainischer Sprache verfügbar sei. Sie dankt Herrn Wenge und Frau Axmann aus der Kommunikationsabteilung der IHK Köln für die schnelle Umsetzung.

**Frau Dr. Grünewald** bittet um ein Stimmungsbild der Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Vollversammlung. **Herr Burrenkopf, Herr Gebhard, Herr Lieser, Herr Oelschläger, Frau Sahin** und **Herr Schmitz** melden sich zu Wort.

Es wird die aktuell angespannte Versorgungslage mit Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen geschildert. Entweder würden bestellte Mengen nicht oder nur zu einer viel geringeren als der bestellten Menge geliefert. Zudem seien die Preissteigerung bei diesen Stoffen schwer oder gar nicht überwälzbar. Ein vergleichbares Bild stelle sich auch bei anderen Rohstoffen sowie Vorprodukten dar. Dies sei insbesondere bei Lieferbeziehungen in die Ukraine festzustellen. Ganze Lieferketten würden entweder komplett zusammenbrechen oder seien in erheblichem Maße unterbrochen worden. Produktionen und Projekte in der Ukraine seien eingestellt worden.

Ähnlich verhalte es sich bei Frachtkosten für Produkte, die unmittelbar mit dem Dieselpreis in Verbindung stünden. Eine Senkung des Dieselpreises um 14 Cent sei grundsätzlich als gut einzuschätzen, reiche jedoch bei Weitem nicht aus. In der Logistikbranche mache sich darüber hinaus ein Mangel an Fachkräften im Güterkraftverkehr bemerkbar. Abschließend wird darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Lebensmittelindustrie auf lange Zeit von den Entwicklungen betroffen sein werde. So müsse in der Ukraine aktuell eigentlich mit dem Weizen- und Ölpflanzenanbau begonnen werden. Es sei mithin davon auszugehen, dass die folgenden Ernten ausfallen würden.

**Herr Dr. Vetterlein** berichtet kurz aus der DIHK-Vollversammlung. Finanzminister Christian Lindner habe mit seinem Rabattmodell eine höhere Entlastung beim Dieselpreis einbringen wollen, über den Steuersatz seien nach EU-Recht nur 14 Cent möglich. Offensichtlich habe er sich nicht durchsetzen können. Zu Gast sei auch Wirtschaftsminister Robert Habeck gewesen. Er habe einen Einblick in seine aktuell sehr umfangreichen Bemühungen zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland gegeben. Es werde alles unternommen, was Aussicht verspreche zu helfen. Dabei rückten auch bislang nicht einbezogene Lösungsansätze in den Fokus. Es sei deutlich geworden, dass Öl und Kohle aus Russland grundsätzlich substituierbar seien, dies gelänge jedoch beim Gas nur auf längere Sicht. Die DIHK-Vollversammlung habe die Resolution „Sofortmaßnahmen gegen hohe Strom- und Energiepreise einleiten – Gasversorgung sichern“ beschlossen, sie sei den Mitgliedern der Vollversammlung der IHK Köln direkt im Anschluss zur Kenntnis in den Datenraum der heutigen Sitzung gestellt worden. Es werde von Seiten der IHKs und des DIHK alles unternommen, eine Gasrationierung für die Industrie zu verhindern.

## TOP 2    Aktuelles aus der IHK-Arbeit

### Politische Arbeit der IHK Köln

**Frau Dr. Grünewald** betont, die IHK Köln „finde wieder statt“. So seien die Anliegen der IHK Köln beispielsweise der vergangenen Sitzung des Kölner Stadtrats mehrfach Thema gewesen. Der Fokus der Gespräche mit Politik und Verwaltung liege auf den drei Jahresthemen, zudem seien die Folgen der Corona-Krise und die Hilfestellungen für die betroffenen Unternehmen zentraler Inhalt gewesen. In regelmäßigen Jour fixe-Terminen und Gesprächen mit Vertretern der Politik auf kommunaler Ebene, auf Landes- und Bundesebene, mit Bundestagsabgeordneten und mit den Verwaltungsspitzen würden diese Inhalte nun kontinuierlich vertieft und Verständnis für die Belange der Mitgliedsunternehmen erreicht. Auch mit den Fraktionsspitzen in Köln und mit den zuständigen Stellen in der Verwaltung stünden Herr Dr. Vetterlein und sie in engem Austausch. Weiter berichtet **Frau Dr. Grünewald** von einer medienpolitischen Runde mit Nathanael Liminski, Staatssekretär und Chef der NRW-Staatskanzlei, einem Gespräch mit Maik Außendorf, MdB, Sprecher für Digitalpolitik, Mitglied im Ausschuss für Digitalisierung und im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags, und einer Veranstaltung des Netzwerks Mittelstand, bei dem Frau Gitta Connemann, MdB, und MIT-Vorsitzende, teilgenommen habe. Die neue organisatorische Ausrichtung der IHK Köln helfe sehr gut dabei, die Gespräche inhaltlich optimal vorzubereiten und die Themen später weiterzuverfolgen und nachzuhalten. Ebenso widmeten sich die Querschnittsausschüsse sehr aktiv vielen aktuellen Themen, es seien bereits zahlreiche Resolutionen zur Diskussion und zum Beschluss in der Vollversammlung vorgelegt worden. Die Sitzung im Juni solle dem wichtigen Thema Mobilität als inhaltlicher Schwerpunkt gewidmet werden. Hierzu wäre ebenfalls ein Papier in Vorbereitung. Heute stünden Positionen zum Rheinischen Revier und Forderungen an die neue Landesregierung zur NRW-Landtagswahl auf der Tagesordnung. **Frau Dr. Grünewald** lädt zu den von der IHK Köln organisierten zahlreichen Wahlforen zur Landtagswahl in Köln und der Region ein. Eine Übersicht sei der Einladung beigelegt gewesen, exemplarisch hebt sie das Wahlforum in Köln am 4. April 2022 heraus, zu dem Ministerin Scharrenbach (CDU), Minister Dr. Stamp (FDP), Frau Neubaur (Grüne)

und Herr Kutschaty (SPD) angekündigt seien. Auf der Homepage der IHK Köln sei zudem erstmals ein „Kandidatencheck zur Landtagswahl NRW 2022“ zu finden. In kurzen Videosequenzen würden mehr als 50 Landtagskandidierende die Fragen „Wie wichtig ist Ihnen das Thema Wirtschaft und wie werden Sie sich für das Thema Wirtschaft einsetzen, wenn Sie gewählt werden?“, „Wie stehen Sie zum Thema Aus- und Weiterbildung und was werden Sie in Bezug auf dieses Thema im Landtag unternehmen?“ und „Warum sollte ein Unternehmer oder eine Unternehmerin Sie wählen?“ beantworten. All diese Kandidatinnen und Kandidaten aus der IHK Region hätten sich mit den von der IHK Köln gestellten Fragen befasst und extra für die Webseite der IHK Köln die Videos gedreht. Abschließend hebt **Frau Dr. Grünewald** die mit großem Engagement erarbeiteten Positionen zur Energiesicherheit und zu Flächen hervor, die heute zum Beschluss stünden. Sie seien in Sondersitzungen mit umfangreichen Arbeitspaketen erarbeitet worden. Sie bedankt sich herzlich für das große Engagement für all diese Themen.

## Jahresthemen 2022

**Frau Dr. Grünewald** nennt noch einmal die Jahresthemen der IHK Köln für 2022. Schon vor der Corona-Pandemie habe das Thema Fachkräfte ganz oben auf der Liste gestanden. Die Pandemie habe die Entwicklung noch einmal erheblich verschärft. Es sei für viele Branchen auch durch die verhängten Lockdowns nur sehr schwer möglich gewesen, in der Pandemie auszubilden. Berufsinformationstage und Ausbildungsmessen seien ausgefallen und immer weniger junge Menschen würden sich für eine duale Berufsausbildung entscheiden. Das zweite Thema sei der Wandel der Innenstädte. Auch hier habe die Pandemie sehr deutlich gemacht, dass grundlegend neue Konzepte für lebenswerte und prosperierende Innenstädte entwickelt werden müssten. Die Ausschüsse Stadt- & Regionalentwicklung und Mobilität seien aktiv in diesen Prozess involviert. **Herr Dr. Vetterlein** ergänzt den Blick auf das Rheinische Revier als drittes Jahresthema. Die Zukunft des gesamten regionalen Wirtschaftsstandortes werde hiervon geprägt. Zu der angestrebten klimaneutralen Wirtschaft gehöre eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, vernünftige und schnelle Planungs- und Genehmigungsprozesse und neue Flächen für die Industrie. Es sei eminent wichtig, zunächst eine Strategie zu entwickeln, die Kommunen einen Rahmen gebe, um daran orientiert Flächen auszuweisen. Solange kein übergeordneter Plan als Handlungsrahmen vorliege, sei es schwierig, die sehr ambitioniert gesteckten Ziele der Energiewende zu erreichen. Bezogen auf das Thema Fachkräfte wirbt **Herr Dr. Vetterlein** bei den Unternehmen dafür, Jugendlichen über Praktika die Vorteile einer Ausbildung praktisch erlebbar zu machen. Hier seien nun nach Wegfall der Homeofficepflicht alle Unternehmen in der Pflicht.

## Neue Struktur der IHK Köln

**Herr Dr. Vetterlein** skizziert die Bedeutung einer schlagkräftig aufgestellten Organisation am Beispiel von Zulieferungen für Gespräche mit Politik und Verwaltung. Ein wesentliches Element sei die themen- und kundenorientierte Ausrichtung. Exemplarisch sei die Zusammenlegung der bisherigen Geschäftsbereiche „Standortpolitik“ und „Innovation und Umwelt“ zum neuen Bereich „Wirtschaft und Politik“ zu nennen, der nun von Frau Betzing und Herrn Zimmermann geleitet würde. Innerhalb des Bereichs seien die Felder Wirtschaftspolitik, Energie & Nachhaltigkeit und Stadt & Räume miteinander verbunden. Auch die Beratung werde künftig kundenbezogener ausgerichtet. Parallel würden Hierarchieebenen aufgelöst und neue Führungsprinzipien umgesetzt. Ziel sei eine agile, schlanke und schlagkräftige Organisationsstruktur, die den Mitarbeitenden mehr Freiräume gebe. **Frau Dr. Grünewald** betont, dass im Hause eine große Veränderungsbereitschaft zu spüren sei und dass die neue Struktur zahlreiche Vorteile für Haupt- und Ehrenamt mit sich bringe. Sie bedankt sich herzlich bei Herrn Dr. Vetterlein sowie bei Frau Betzing und Herrn Zimmermann und allen Mitarbeitenden, die Teil der neuen Struktur seien. Außerdem freue sie sich, dass ab April Frau Jaana Schnell, zuletzt Leiterin des IHK-Dienstleistungszentrum in der Südwestpfalz, in der IHK Köln



die Leitung des neuen Geschäftsbereichs „Organisationsentwicklung, Personal und Finanzen“ übernehmen werde.

## Kurzberichte aus IHK NRW und DIHK

**Frau Dr. Grünewald** berichtet, der aktuelle Schwerpunkt von IHK NRW liege auf der Landtagswahl, hierzu würde später im Rahmen des Beschlusses von Forderungen eingegangen. Außerdem sei der Neubau der gesperrten Rahmedetalbrücke auf der A45 ein großes Thema für die anliegenden Unternehmen in NRW. Es sei ein weiteres Beispiel für die desolaten Zustände vieler Brücken in NRW. Herr Dr. Vetterlein habe eben bereits zur Sitzung der DIHK-Vollversammlung berichtet.

## Weitere aktuelle Themen

**Herr Gebhard** berichtet, die neue IHK-Geschäftsstelle Oberberg habe seit dem 1. März 2022 in der Halle 51 ihren neuen Standort im Herzen von Gummersbach. Es handele sich um neue, moderne Räume für Seminare, Prüfungen und Veranstaltungen, zudem stünden den Mitarbeitenden neun Büros mit neuester IT- und Medientechnik zur Verfügung. Mit dem Innovation Hub Bergisches RheinLand und der TH Köln befänden sich im gleichen Gebäude zwei spannende weitere Mieter. Er hebt abschließend die gute Anbindung in direkter Nähe zum Bahn- und Busbahnhof hervor. **Herr Gebhard** kündigt an, dass die Sitzung der Vollversammlung am 13. September 2022 in Oberberg stattfinden solle. In diesem Rahmen sei geplant, die neue Geschäftsstelle allen Vollversammlungsmitgliedern und Gästen zu präsentieren.

**Herr Gebhard** informiert weiter über den Sachstand des Bieterverfahrens zum Verkauf der IHK-Immobilie in Gummersbach. Die Vollversammlung habe im Jahr 2018 beschlossen, das IHK-Gebäude in Gummersbach zu verkaufen. Mitte März 2022 endete die zweite Bieterphase. Es liege ein Angebot vor, welches die IHK Köln annehmen wolle. Sobald die nächsten Verfahrensschritte abgeschlossen seien, solle der Kaufvertrag unterzeichnet werden. Ziel sei die Übergabe des Gebäudes an den Käufer zum 1. Mai 2022.

Abschließend berichtet **Herr Gebhard**, dass auch die Beratende Versammlung Oberberg am 23. März 2022 eine Resolution zum Neubau der A45-Rahmedetalbrücke verabschiedet habe. Die IHK Köln fordere darin, den Ersatzneubau in zwei Jahren (ab dem Zeitpunkt der Sprengung) zu errichten. Außerdem würden konkrete Schritte zur Verfahrenskürzung bei Planung und Bau sowie Unterstützung für direkt und indirekt betroffene Unternehmen in Oberberg und im gesamten Bezirk der IHK Köln gefordert. Die IHK Köln nehme die A45-Rahmedetalbrücke zum Anlass, sich in der nächsten Vollversammlung am 14. Juni 2022 im Rahmen eines Positionspapiers „Mobilität“ auch mit dem Thema „Brücken im Rheinland“ zu befassen. **Herr Gebhard** lädt alle Mitglieder und Gäste auch zu den beiden Wahlforen in Oberberg ein.

**Frau Dr. Grünewald** schließt an, dass geplant sei, den Querschnittsausschuss für Wirtschafts-, Rechts- & Steuerpolitik zu überarbeiten. Es solle künftig zwei Ausschüsse geben, einen Ausschuss Wirtschaftspolitik, der sich u.a. mit den Themen „Ehrbare Kaufleute 2.0“ und „Soziale Marktwirtschaft“ beschäftigen solle, und einen Ausschuss Rechts- & Steuerpolitik für aktuelle Rechts- und Steuerthemen. So könne sich die IHK Köln künftig noch schlagkräftiger dem breiten Spektrum der entsprechenden Themen widmen. Hier werde ein Beschlussvorschlag für die kommende Sitzung vorbereitet.

Abschließend teilt **Frau Dr. Grünewald** mit, dass die IHK Köln mit Frau Dr. Kathrin Niewiarra eine neue Ombudsperson verpflichtet habe. Gemäß der Compliance-Richtlinie der IHK Köln sei sie Ansprechpartnerin für Haupt- und Ehrenamt bei Hinweisen auf Verstöße gegen die Compliance-Richtlinie. Frau Dr. Niewiarra sei Rechtsanwältin aus Berlin und kenne sich mit den Besonderheiten von IHKs gut aus, weil sie u.a. auch Ombudsfrau bei der IHK Potsdam sei. Ferner sei Herr Jan Wildemann neuer Datenschutzbeauftragter der IHK Köln. Herr Wildemann gehöre zu IHK NRW und sei auch bei zwölf weiteren NRW-IHKs zum

Datenschutzbeauftragten bestellt. Durch die gemeinsame Bearbeitung IHK-spezifischer Sachverhalte entstünden große Synergien.

## TOP 3 Strukturwandel im Rheinischen Revier – Positionen der IHK Köln

**Herr Dr. Vetterlein** wirft einen Blick auf die aktuelle Situation. Man müsse den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und damit den Strukturwandel als Herausforderung und als Chance für die Region sehen. So stellten die freiwerdenden Flächen große Potenziale dar, die systematisch und strategisch eingesetzt werden müssten, Unternehmen für den Standort zu werben und dauerhaft anzusiedeln.

Angesichts der aktuellen Krise müsse jedoch festgestellt werden, dass der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern immer noch nach einem zu starren Plan laufe. So gehe aktuell zum 1. April 2022 der Block A in Neurath mit rund 300 MW vom Netz, bis Jahresende kämen noch weitere -1.000 MW hinzu. Insgesamt bedeute der Ausstieg aus der Braunkohle, dass im Rheinischen Revier 10 GW installierte Leistung und drei Tagebaue wegfielen. Rund 10.000 Mitarbeitende seien hiervon direkt betroffen. Die aktuelle Situation mache aber noch deutlicher bewusst, dass es nicht sein kann, dass der Ausstieg taggenau in einem Gesetz festgelegt sei und es für den Ausbau der Erneuerbaren Energien nur das „Prinzip Hoffnung“ gäbe. Eine ungelöste Frage sei beispielsweise, wo Flächen für Windenergie und großflächige Photovoltaik zur Verfügung stünden, eine weitere beträfe die Dauer der Planungs- und Genehmigungsprozesse. Auch müsse der Ausstiegsplan angesichts der aktuellen Entwicklungen rund um die Gasversorgung kritisch überprüft werden. **Herr Dr. Vetterlein** kündigt an, dass die Präsidentin und er in dieser Woche hierzu einen Termin mit Dr. Lars Kulik, Mitglied des Vorstands der RWE Power AG, habe. **Frau Dr. Grünewald** ergänzt, dass Energieversorgungssicherheit zu den zentralen Standortfaktoren bei der Ansiedlung von Unternehmen zähle. Investitionsentscheidungen ohne eine sichere Energieversorgung seien undenkbar.

**Frau Dr. Grünewald** hebt hervor, dass die zentrale Herausforderung sei, die klimapolitischen Ziele zu erreichen und gleichzeitig die sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern Aachen und Mittlerer Niederrhein habe die IHK Köln deshalb die Studie „Klimaschutz und Energiesicherheit Rheinland 2030“ mit dem Fokus auf das Rheinische Revier bei der SME Management GmbH in Auftrag gegeben. **Frau Dr. Grünewald** freue sich, dass Herr Kurt Vetten der Vollversammlung bereits jetzt erste Einblicke in die Untersuchungsergebnisse geben könne. Die Studie werde am 12. April 2022 veröffentlicht. Herr Vetten ist geschäftsführender Gesellschafter der SME GmbH und unterstützt seinen Vortrag mit Folien, die als Anlage dem Protokoll beigefügt sind.

**Herr Vetten** stellt zwei Kernaussagen aus der für die Studie durchgeführten Unternehmensbefragung an den Beginn seines Vortrags: Investitionssicherheit sei die eine, denn permanente Änderungen von Zeitplänen, Regularien und damit erhöhte Kosten schädigten die Wirtschaft enorm. Energiesicherheit für die Industrie an Rhein und Erft beim Blick auf die Wertschöpfungsketten sei die zweite – es gehe um die Existenz der Betriebe und der entsprechenden Arbeitsplätze.

Ziel der Studie sei es, vor dem Hintergrund des beschleunigten Kohleausstiegs sowie der ambitionierten Klimaschutzziele, die Risiken für die Versorgungssicherheit und die Qualität der Stromversorgung im „Wirkungsraum“ über das Rheinische Revier im engeren Sinne hinaus zu erfassen. Dabei gehe es insbesondere um die Analyse der möglichen zeitlichen Lücke zwischen den klimapolitischen Zielen beim Kohleausstieg und den technischen wie praktischen Herausforderungen beim Umbau der Energieversorgung. Es gelte, einen „lebenden“ (flexiblen) Handlungsfahrplan mit kurz- und mittelfristigen Umsetzungsvorschlägen zu entwickeln.

**Herr Vetten** verdeutlicht den Systemwandel mit einer Grafik, die die Interdependenzen zwischen den Übertragungsnetzen, den regionalen Verteilnetzen sowie den Ortsnetzen sowie den Wechsel von zentralen

Kraftwerken zu dezentraler Stromerzeugung verdeutlicht. Anschließend zeigt er mithilfe einer Simulation bezogen auf reale Lastverläufe die Versorgungslücke auf, die entstünde, wenn nacheinander zunächst die Kernenergie, dann folgend die Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke vom Netz genommen würden. Die gesicherte Grundlast bei der Stromerzeugung könne nicht durch wetterabhängige Wind- und Sonnenenergie ersetzt werden. Diese Lücke sollte dem Kohlekompromiss folgend mit Erdgaskraftwerken und später mit Wasserstoff als speicherbarer Energieträger ersetzt werden. Abgesehen davon, dass diese Gaskraftwerke noch nicht geplant, geschweige denn gebaut seien, ist zumindest kurz- bis mittelfristig angesichts der aktuellen Ereignisse in der Ukraine die Versorgung mit Erdgas nicht gesichert. Anschließend arbeitet **Herr Vetten** die Handlungsfelder für den Erhalt der regionalen Energiesicherheit und Versorgungsqualität heraus. Aus aktuellem Anlass stellt er sodann die Energie- und Rohstofflieferanten Deutschlands für Erdöl, Erdgas und Steinkohle in der prozentualen Verteilung mit dem hohen russischen Anteil dar. Abschließend zeigt er in einem vorläufigen Szenario den Wandel der Erzeugungskapazitäten in den Jahren von 2020 bis 2050 mit Blick auf Risiken beim Erdgas.

**Frau Dr. Grünewald** erkundigt sich, ob es Fragen zu den von Herrn Vetten präsentierten Inhalten gebe. An der Diskussion beteiligen sich **Frau Dr. Eber-Scherbeck**, **Herr Marschalleck**, **Herr Schmitz** und **Herr Wißkirchen**. Es werden vier Argumente und Gedanken eingebracht.

Zunächst wird kritisch darauf hingewiesen, dass es angesichts der identifizierten Energieversorgungslücke, die in der Simulation eindrucksvoll herausgearbeitet wurde, auch dazu kommen könne, dass Unternehmen aus der Region abwanderten. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob diese Lücke möglicherweise am Ende mit Atomstrom gedeckt werden müsse, der beispielsweise aus Frankreich importiert werde. Ein Mangel an Strom sei jedoch nur ein Teil des Problems. Im Zentrum stehe aktuell die Versorgung mit Gas. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Gas nicht nur zur Stromgewinnung eingesetzt werde, sondern auch als Prozessenergie in der Industrie und auch stofflich in der Chemiebranche eine große Rolle spiele. Zu betrachten sei ferner, dass neben dem beispielsweise aus Frankreich bezogenen Atomstrom auch die Kohlestrom-Kapazitäten in die Bilanz einbezogen werden müssten, die aus Osteuropa importiert würden. Abhängigkeiten würden steigen, die Umwelt- und Klimawirkungen seien eher zweifelhaft. Hinzu käme der Effekt des europäischen Green-Deals. Wenn alle Mitgliedsstaaten sich daran orientierten, könnte es dazu kommen, dass „grüner“ Strom oder Wasserstoff und auch Atomstrom knapp wird und für Importe nach Deutschland nicht zur Verfügung stehe. Es bliebe am Ende, zwar am Ausstiegsziel aus der Braunkohle festzuhalten, aber den Fahrplan an die aktuellen Herausforderungen anzupassen. Eine längere Laufzeit von Kraftwerksblöcken sei vergleichsweise einfach umzusetzen, entscheidend sei aber die Versorgung dieser Anlagen mit dem Rohstoff. Die Tagebaubereiche würden in den aktuell definierten Grenzen bestehen bleiben, sodass diese Kapazität grundsätzlich begrenzt sei. Eine Ausweitung „über die aktuell geplanten Ränder“ sei derzeit nicht in der Diskussion. In der Lausitz werde eine Ausweitung diskutiert. Auch die Nutzung der Solarkraft wird thematisiert. Es reiche jedoch angesichts der benötigten Strommenge nicht aus, allein die Dächer von Unternehmen oder Privathäusern mit Photovoltaik zu bestücken. Um einen nennenswerten Effekt zu erzielen, seien zusätzliche große Flächen und Netze erforderlich. Abschließend wird darauf verwiesen, die individuellen Stromanbieter-Direktverträge jeweils mit Blick auf die Versorgungssicherheit genau zu überprüfen.

**Herr Dr. Vetterlein** resümiert, dass es vermutlich ohne den weiteren Einsatz von Braunkohle kaum möglich sein werde, die beschriebene Energieversorgungslücke zu schließen. Die IHK Köln müsse sich deshalb zu Wort melden, um die Interessen der Unternehmen auch in Bezug auf Energiesicherheit zu vertreten. Dies geschehe heute mit den beiden vorgelegten Positionen, die zwar einzeln zum Beschluss stünden, jedoch einen engen inneren Zusammenhang aufwiesen. Es sei unabdingbar, die erneuerbaren Energien massiv auszubauen. Hierzu sei es unerlässlich, Planungs- und Genehmigungsverfahren nicht nur zu beschleunigen, sondern auch einfacher zu gestalten. Allein auf Gas als Übergangstechnologie zu setzen, greife in der aktuellen Situation vermutlich zu kurz. Um die Grundlast zu sichern, müsse man über die jetzigen Stilllegungszeiträume hinaus

auf Braunkohle setzen, damit, wie thematisiert, der Standort für Investoren weiterhin attraktiv sei. Ein Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030 sei in dieser Situation auszuschließen.

**Frau Dr. Grünewald** bedankt sich bei Herrn Vetten für den aktuellen Einblick in den komplexen Zusammenhang der Energieversorgung und bei den Mitgliedern der Vollversammlung für die Diskussion. Sie erkundigt sich, ob Fragen zu den nun zur Abstimmung stehenden beiden Papieren bestünden. **Herr Lieser** bezieht sich auf den Abschnitt „Bereitstellung ausreichender Flächen für Wind- und Solarenergie“ des Papiers zur Flächenentwicklung (Anlage 1.2) und regt an, konkreter zu formulieren, woher die Flächen stammen sollten. **Herr Dr. Vetterlein** stimmt zu, dass eine Konkretisierung notwendig sei. Genau dafür müsse zunächst das eher vage „Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Revier“ räumlich verortet werden – plastisch ausgedrückt, müssten alle in dem Dokument gelisteten Vorhaben auf eine Karte der Region eingetragen werden, auch die Potenzialflächen für Erneuerbare Energien. Aus einem solchen Plan wären dann die konkreten Flächen abzuleiten. **Herr Dr. Vetterlein** schlägt vor, den Text zunächst in der Form zu belassen und die Anregung von Herrn Lieser für die nun folgende Detailarbeit „mitzunehmen“. **Herr Lieser** schließt sich dem Vorschlag an.

**Frau Dr. Grünewald** erläutert, dass die beiden zum Beschluss vorliegenden Papiere einzeln, und nicht wie in der Vorlage beschrieben, gemeinsam beschlossen werden sollen. Sie verliest die beiden Beschlussvorschläge und stellt diese nacheinander zur Abstimmung. Sie kündigt einen Abstimmungszeitraum von jeweils einer Minute an und weist darauf hin, dass die Abstimmungen mit dem VOTR-Tool durchgeführt würden.

#### BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Position „Energieversorgungssicherheit“ zum Strukturwandel im Rheinischen Revier.

Ja: 49

Nein: 0

Enthaltung: 4

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass der Beschluss mit großer Mehrheit positiv beschieden worden sei.

#### BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Position „Flächenentwicklung“ zum Strukturwandel im Rheinischen Revier.

Ja: 43

Nein: 0

Enthaltung: 3

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass auch dieser Beschluss mit großer Mehrheit gefasst worden sei.

**Frau Dr. Grünewald** bedankt sich für das Votum und richtet einen großen Dank an alle Beteiligten, die an der Erarbeitung der Positionen mitgewirkt haben.

## TOP 4 Wahlprüfsteine für die Landtagswahl

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass IHK NRW eine Befragung der 16 Industrie- und Handelskammern in NRW durchgeführt habe, um eine Gesamtschau an Forderungen der Unternehmen an die Politik zu erstellen. Dieses Papier sei nun von der IHK Köln auf die Region Köln hin angepasst worden. Der Forderungskatalog sei mit der

Einladung an die Mitglieder versandt worden. **Frau Dr. Grünewald** erkundigt sich, ob Forderungen ergänzt oder abgeändert werden sollen. Dies ist nicht der Fall.

**Frau Dr. Grünewald** verliest den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung. Sie kündigt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an und weist darauf hin, dass die Abstimmung mit dem VOTR-Tool durchgeführt werde.

#### BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Forderungen der IHK Köln zur Landtagswahl 2022 in der diskutierten Form.

Ja: 51

Nein: 0

Enthaltung: 0

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass auch dieser Beschluss mit großer Mehrheit gefasst worden sei.

**Frau Dr. Grünewald** weist auf die von der IHK Köln veranstalteten Wahlforen im Börsensaal, in Frechen, in Gummersbach, in Waldbröl und in Bergisch Gladbach hin. Eine Übersicht sei als Anlage der Einladung beigefügt gewesen. Sie lädt alle Anwesenden herzlich zu diesen Veranstaltungen ein. Es sei wichtig, den Parteien die Anforderungen der Unternehmen für die kommende Legislaturperiode zu verdeutlichen. Dies würde in den Wahlforen auf Grundlage der gerade beschlossenen Forderungen geschehen.

## TOP 5 Prozess „IHK Köln der Zukunft“ und Beschlussfassung zur weiteren Vorgehensweise

**Frau Dr. Grünewald** stellt vorweg, dass der Prozess bewusst mit dem Begriff „Zukunft“ überschrieben worden sei. Ziel sei ein IHK-Gebäude, in dem die Zukunft der Wirtschaft der Region für einen langen Zeitraum gestaltet werden könne. Als ein solches müsse es sich um ein Gebäude handeln, in das man gerne komme, auf das man stolz sei, und das Zukunft für mehrere Jahrzehnte symbolisiere.

Begonnen habe man den Prozess mit den Fragen, welche IHK man in Zukunft sein wolle und welche Vision man für die IHK Köln habe. Diese Fragestellung sei man gemeinsam angegangen, es hätten sich sehr viele an dem Prozess beteiligt. So hätten im vergangenen Jahr zunächst Befragungen der Mitglieder der Vollversammlung sowie weiterer Stakeholder stattgefunden, sowie Workshops und Gespräche mit Mitarbeitenden, um das Zielbild einer „IHK Köln der Zukunft“ zu ermitteln. Das Ergebnis laute, dass die IHK Köln der Zukunft als „repräsentativ, offen, Begegnungsstätte, Netzwerken, Veranstaltungen, Beratung, Weiterbildung – an einem zentralen Standort“ beschrieben werden könne. Die Vision eines offenen und einladenden, repräsentativen Gebäudes in der Innenstadt sei daraufhin Leitplanke für den angeschlossenen Schritt der Erarbeitung eines Raum- und Funktionsprogramms gemeinsam mit Drees & Sommer und den Mitarbeitenden gewesen. Dieses Programm lege fest, welche und wie viele Räume für das so geformte Zielbild notwendig seien und welche Funktionsbeziehungen zwischen diesen Räumen bestehen müssten. Der nächste Arbeitsschritt des von Drees & Sommer begleiteten Projektes sei die Machbarkeitsstudie gewesen, wo und wie man das Raum- und Funktionsprogramm umsetzen könne. Die Nutzung des Lofthaus wurde mangels Passung in das Raum- und Funktionsprogramm bereits im vergangenen Herbst aus der Untersuchung ausgeschlossen. Die Vollversammlung habe daraufhin beschlossen, den Kauf des Lofthaus rückabzuwickeln. Nun sei untersucht worden, ob und unter welchen Bedingungen die Anforderungen im bestehenden Gebäude der IHK Köln Unter Sachsenhausen oder in einem fiktiven Neubau erfüllt werden könnten.

**Frau Dr. Grünewald** stellt im Folgenden drei Varianten vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Sie erläutert zunächst, dass das Gebäude „Unter Sachsenhausen“ in zwei Varianten betrachtet werde. Die Variante V1 umfasse die reine Ertüchtigung des bestehenden Gebäudes „Unter Sachsenhausen“, analog eines Vorschlags von Andernhalten Architekten. **Frau Dr. Grünewald** hebt die zentralen Merkmale der Variante hervor. Die Gebäudestruktur bleibe wie sie sei, Tagungs- und Veranstaltungsräume würden im EG und im ersten OG angesiedelt, soweit möglich würden moderne Multispace-Bürokonzepte umgesetzt. Zur zusätzlichen Raumgewinnung werde eine Lücke im fünften OG geschlossen und das dritte OG auf der Nordseite für Büro Zwecke baulich ertüchtigt. Viele strukturelle Defizite vor allem im EG blieben jedoch auch nach dem Umbau erhalten. Sie fasst zusammen, dass ein solches Gebäude nicht der formulierten und beschlossenen Vision der IHK Köln der Zukunft entspreche.

Anschließend stellt **Frau Dr. Grünewald** Variante V2, die Weiterentwicklung des bestehenden Gebäudes „Unter Sachsenhausen“, vor. Diese Variante gehe auf die gestalterischen Ideen von Schilling Architekten aus dem Jahr 2009 zurück. Diese hätten mit ihrem Entwurf den damals ausgelobten Architekturwettbewerb zum Umbauprojekt gewonnen. Diese Variante erfülle die Vision und löse zahlreiche vorhandene Probleme. Die Ergänzungen im dritten und fünften OG erfolgten wie in V1. Das Gebäude würde zur Sanierung bis auf den Rohbau rückgebaut, und es kämen folgende weitere relevante Elemente hinzu:

- Das Erdgeschoss (heute auf zwei Ebenen) werde auf eine Ebene abgesenkt. Dies ermögliche einen zentralen Eingang vom Börsenplatz und ein großzügiges, offenes Entrée mit hoher Aufenthaltsqualität.
- Das Dach des Börsensaals werde als ggf. lichtdurchflutetes Flachdach ausgebildet, das u.a. die Teilung des Saals für Veranstaltungen verschiedener Größe ermögliche.
- Die offene Seite des in U-Form gebauten Hauses werde durch einen Riegel geschlossen, der die Wegebeziehungen im Gebäude grundlegend verbessere.
- Darüber hinaus werde ein Anbau in Form eines Kubus auf der Nordseite realisiert, der zusätzliche Raumkapazitäten schaffe.

Mit dem Denkmalschutz habe man die Variante V2 bereits andiskutiert.

Schließlich erläutert **Frau Dr. Grünewald** die Variante V3. Hierbei handele es sich um einen fiktiven Neubau an einem noch zu definierenden Standort zentral in Köln. Hier sei man abhängig von den verfügbaren Flächen sowie vom Zuschnitt und der Bebaubarkeit eines möglichen Grundstücks.

**Frau Dr. Grünewald** erkundigt sich nach Fragen zu den präsentierten drei Varianten. Es bestehen keine Fragen.

**Frau Dr. Grünewald** bittet Herrn Zwipp um die Präsentation der Ergebnisse der Untersuchung „Anforderungsprofil und Machbarkeitsstudie“. Herr Zwipp ist Prokurist der beauftragten Firma Drees & Sommer SE. Seine Folien sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Herr Zwipp** fasst zunächst die Inhalte des Anforderungsprofils und der Machbarkeitsstudie zusammen und hebt die wesentlichen Erkenntnisse hervor, die der Entwicklung des Zielbildes zugrunde liegen. Anschließend stellt er die jeweiligen Baumassenmodelle und Test-Fits vor, um das Raum- und Funktionsprogramm in der Bestandsstruktur zu verorten. Diese Grundlagen münden in eine Entscheidungsmatrix, die eine vergleichende Darstellung der Varianten beinhaltet. Die Matrix fasst das Ergebnis der umfangreichen Untersuchungen von Dress & Sommer zusammen. In der Matrix sind Standort und Lage, die Planungskonzeption, das Zielbild, das Raum- und Funktionsprogramm, die Gebäude- und Ausbauqualitäten, die Risiken und vertiefenden Untersuchungen, die Termine sowie eine statische Kostenbetrachtung und eine dynamische Cash-Flow-Betrachtung aller Varianten abgebildet. Die jeweiligen Bewertungen sind mit unterschiedlich ausgerichteten Pfeilen symbolisiert. Bezogen auf die Kosten informiert **Herr Zwipp**, dass man in die Kalkulation eine Inflationsrate von fünf Prozent für das Jahr 2022 und von drei Prozent für die Folgejahre einbezogen habe. Er ordnet diese Schätzung als realistisch ein. In die Best-Case- und Worst-Case-Betrachtung der Kostenberechnung bei Variante V3 seien unterschiedliche Szenarien für den Kauf eines Grundstücks sowie den für diesen Fall dann erfolgenden Verkauf des Gebäudes Unter Sachsenhausen eingeflossen.





Vergleichende Darstellung / Entscheidungsmatrix	V1	V2	V3
Standort / Lage	↑	↑	?
Planungskonzeption (BGF ohne Parken)	13.624 qm	14.370 qm	12.680 qm
Zielbild	⇒	↗	↑
Raumprogramm	⇒	⇒	↑
Funktionsprogramm	⇒	↗	↑
Gebäude- und Ausbauqualitäten	⇒	↗	↑
Risiken / Vertiefende Untersuchungen	⇒	⇒	↗
Termine	↑	↑	↑
Kosten (statisch, Kostenstand Q4,2021)	↑	⇒	↑
Investitionskosten inkl. NK [rd. € brutto]	60.898.000 €	68.115.000 €	65.794.000 €
Investitionskosten inkl. Interimskosten [€/m² BGF brutto]	66.213.000 €	74.012.000 €	66.587.000 €
Herstellungskosten KG 300/400 [€/m² BGF Brutto]	2.363 €	2.524 €	2.695 €
Cashflow (dynamisch, keine Barwerte $t_1 - t_{10}$ )	↑	⇒	↑
Gesamtkosten $t_1 - t_{10}$ [rd. € brutto]	81.286.000	90.683.000	80.610.000
Best Case			75.685.000
Worst Case			86.908.000

Eignungsprüfung je nach Grundstück erforderlich

Seinen Vortrag schließt **Herr Zwipp** mit der Empfehlung von Drees & Sommer: Er empfehle, Variante V1 nicht weiter zu betrachten und parallel nach einem neuen Standort (Variante V3) zu suchen und die offenen Fragen der Variante V2 (Unter Sachsenhausen) zu klären. Das Präsidium der IHK habe sich der Empfehlung angeschlossen und daher laute der mit der Einladung versandte Beschlussvorschlag entsprechend. Die Variante V1 weise in der dynamischen Betrachtung zwar einen geringeren Cashflow als die Variante V2 aus, erreiche dabei jedoch nicht einmal 50 Prozent der Funktionalität von V2.

**Frau Dr. Grünewald** greift die ausgewiesenen Aufwandsschätzungen auf und erläutert, dass die genannten Beträge auf den ersten Blick etwa das Doppelte der damals veranschlagten Summe für das Lofthaus (40 Mio. Euro) ausmachten. Allerdings sei das Lofthaus weniger als halb so groß gewesen wie die beiden nun vorgeschlagenen Varianten. Deshalb sei der eingeschlagene Weg trotz der wesentlich höheren Investitionssumme der wirtschaftlichere, wie Herr Dr. Vetterlein im Weiteren erläutern werde.

**Herr Dr. Vetterlein** geht in seiner Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, zunächst auf die finanziellen Annahmen seiner Berechnungen ein. Um Risiken einzubeziehen, setze er bei der Sanierungsvariante das Gesamtvolumen 100 Mio. Euro anstelle von 90 Mio. Euro und bei der Neubauvariante 90 Mio. Euro anstelle von 80 Mio. Euro an, und er rechne zusätzlich mit einem ca. 20 Prozent geringeren Eigenkapital als voraussichtlich zur Verfügung stehen werde. Hier betrachtet sei nur die für diesen Zweck gebildeten und erhaltenen Finanzierungsrücklage, die selbstverständlich weiterhin wesentlicher Finanzierungsbestandteil bleibe. Weiterhin erläutert er die Annahmen für die AfA sowie die Sollzinsen, Tilgung und Laufzeiten.

Schließlich stellt **Herr Dr. Vetterlein** das Ergebnis der Betrachtung vor: Relevanter Maßstab aus Sicht der Mitglieder seien die Auswirkungen auf ihre Beitragszahlungen. Deren Höhe wiederum leite sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ab. Also seien die Auswirkungen der künftigen Gebäudeaufwendungen auf die GuV entscheidend – und nicht die Investitionssumme an sich. So habe sich gezeigt und zeige sich wieder, dass eine zu niedrige Investitionssumme zu einem ganz erheblichen dauerhaften Folgeaufwand führen könne. Vergleiche man die beiden untersuchten Varianten V2 und V3 mit dem Lofthaus, so zeige sich genau dieser Effekt: Addiere man AfA, Zinsen und Fremdmieten auf, bzw. ziehe ersparte Mieten ab, zeige sich, dass der gesamte Gebäudeaufwand beim Lofthaus mit weiter steigender Tendenz am höchsten sei und dass

ein fiktiver Neubau die finanziell günstigste Variante darstelle – vorausgesetzt man finde ein optimales Grundstück im berechneten Preisrahmen. Bei der Lösung Lofthaus hätten fortlaufend zusätzliche Flächen für Veranstaltungen angemietet werden müssen, außerdem hätte eine Integration von Weiterbildung und Prüfungszentrum aus der Eupener Straße nicht stattfinden können. Hier habe man künftig auch höhere Mieten zu erwarten, da der bestehende Mietvertrag in der Eupener Straße bereits im kommenden Jahr auslaufe.

**Frau Dr. Grünewald** ergänzt, dass eine Miete zudem keine Werte schaffe, Eigentum hingegen schon. Dem Präsidium läge eine Gebäudelösung am Herzen, die den gemeinsam ermittelten Anforderungen entspreche und bestehende Probleme lösen würde. Daher würde sich das Präsidium dafür aussprechen, Variante V1 auszuschließen und die beiden Varianten V2 und V3 fortan einer vertiefenden Untersuchung zu unterziehen.

**Frau Dr. Grünewald** bittet um Fragen. Es folgt eine Diskussion der vorgestellten Inhalte. An der Diskussion beteiligen sich **Frau Dircks-Menten, Herr Pütz, Herr Scholz, Herr Schmitz** und **Herr Zarinfar**.

Es werden verschiedene Blickwinkel eingenommen. Zunächst werden Bezüge zu den in den Jahren 2018 und 2019 diskutierten Varianten hergestellt und in Relation zum vorgestellten Ergebnis gesetzt. Es wird auf die hohe Investitionssumme verwiesen. Damals hätten eine 40 Mio. Euro- sowie eine 47 Mio. Euro-Variante zur Entscheidung gestanden. Die Vollversammlung habe sich damals für die 40 Mio. Euro-Variante entschieden. Nach Ausschreibung habe das einzig eingegangene Angebot eines Generalunternehmens bei einer Realisationssumme von 57 Mio. Euro gelegen. Die Investition liege nun bei annähernd der doppelten Summe. Dieser Argumentation wird eine qualitative und eine quantitative Betrachtung entgegengehalten. Die damalige Lösung habe zum Schluss nicht einmal mehr die Verbesserungen der heute betrachteten Variante V1 vollständig umfasst, vieles sei aus Kostengründen gestrichen worden. Es sei heute herausgestellt worden, dass auch die Variante V1 nicht den gemeinsam erarbeiteten Anforderungen an eine IHK Köln der Zukunft entspreche. Ferner sei festzuhalten, dass unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten die Betrachtung einer Investitionssumme allein wenig Aussagekraft habe. Die Betrachtung des jährlichen Aufwandes trage hier besser. Zudem basierten die Mietzins-Kalkulationen für die Anmietung von Veranstaltungsflächen und Büroräumen für den Bereich Weiterbildung (Eupener Straße) auf Preisen aus dem Jahr 2015. Der in den Unterlagen unverändert verwendete Wert von 1.250.000 Euro Mietaufwand p.a. bei der Variante Lofthaus sei zu aktuellen Preisen deutlich höher anzusetzen und werde weiter steigen.

Außerdem wird auf die Möglichkeit anderer baulicher Gestaltungen für das Gebäude Unter Sachsenhausen verwiesen. Zu einer Anregung, dem Ausbau der fünften Etage zum Vollgeschoss, wird ausgeführt, dass dieses dem Denkmalschutz widersprechen würde. Auch der Kauf eines Grundstücks in Braunsfeld (eine von der letzten Vollversammlung verworfene Option), wird noch einmal erwähnt. Diese wird jedoch mit Blick auf den Vorbeschluss der Vollversammlung, im Umfeld der Kölner Innenstadt verbleiben zu wollen, nicht aufgegriffen.

Dem Hinweis auf steigende Zinsen wird entgegnet, dass auch deshalb mit einem Puffer beim Projektvolumen und der Darlehenshöhe gearbeitet worden sei. Zudem könne die IHK als öffentlich-rechtliche Körperschaft ähnliche Konditionen wie die Kommunen erhalten. Bezogen auf das Argument der Erhöhung der Homeoffice-Quote wird erklärt, dass schon jetzt von einer Quote von 1,25 Mitarbeitenden pro Arbeitsplatz ausgegangen wurde. Dabei handele es sich um einen realistischen Wert. Zu der Bitte um einen vertieften Einblick in die Berechnungen und die Kostenstruktur wird ausgeführt, dass die Vollversammlung selbstverständlich im Nachgang zur Sitzung den Vollbericht von Drees & Sommer erhalte. Hieraus seien die konkreten Einzelaufstellungen zu entnehmen. Schließlich wird darum gebeten, ein CO<sub>2</sub>-Äquivalent in die künftigen Betrachtungen der Varianten einzubeziehen. Es sei davon auszugehen, dass auf mittlere Dauer eine CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt würde, die sich in den Betriebskosten eines Gebäudes bemerkbar mache. Zudem wird nach den weiteren Planungskosten gefragt, die sich – sollte der Beschlussvorschlag positiv beschieden werden – bis zum Ende des Jahres ergäben. Diese werden auf rund 300.000 Euro geschätzt.

**Frau Dr. Grünewald** bedankt sich bei den Mitgliedern der Vollversammlung für die konstruktive Diskussion und bei Herrn Zwipp für seinen Vortrag.



Sie richtet die Bitte des Präsidiums an die Mitglieder der Vollversammlung, dem Beschlussvorschlag zu folgen, Variante V1 aus der weiteren Betrachtung auszuschließen und die Varianten V2 und V3 einer vertiefenden Untersuchung zu unterziehen.

**Frau Dr. Grünewald** verliest die beiden Beschlussvorschläge und stellt diese nacheinander zur Abstimmung. Sie kündigt einen Abstimmungszeitraum von jeweils einer Minute an und weist darauf hin, dass die Abstimmung mit dem VOTR-Tool durchgeführt werde.

#### BESCHLUSS

Die Variante 1 wird aus der weiteren Betrachtung ausgeschlossen, da sie das beschlossene Zielbild verfehlt, keine wesentlichen Verbesserungen im öffentlichen Bereich anbietet und das Raum- und Funktionsprogramm nur unvollständig abbildet.

Ja: 41

Nein: 3

Enthaltung: 4

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass der Beschluss mit großer Mehrheit ergangen sei.

#### BESCHLUSS

Eine belastbare Entscheidung zwischen den Varianten 2 und 3 ist erst durch den Vergleich realer Alternativen möglich. Deshalb beauftragt die Vollversammlung die Geschäftsführung:

- a) in der Kölner Innenstadt (einschl. Deutz) bis Ende des Jahres ein geeignetes Grundstück oder Objekt auf Grundlage des Anforderungsprofils und des Raum- und Funktionsprogramms zu identifizieren.
- b) parallel den Wettbewerbsentwurf von Prof. Schilling auf die aktuellen Anforderungen hinüberarbeiten und die von Drees & Sommer aufgezeigten Risiken untersuchen zu lassen.

Ja: 41

Nein: 2

Enthaltung: 3

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass auch dieser Beschluss mit großer Mehrheit ergangen sei.

**Frau Dr. Grünewald** bedankt sich für die Beschlüsse.

## TOP 6 Weitere Beschlüsse

### Weiterentwicklung der Satzung – Berufung Satzungsausschuss

**Frau Dr. Grünewald** resümiert, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die IHK-Organisation in den vergangenen Jahren deutlich verändert hätten. Insofern sei es turnusgemäß notwendig, die Satzung der IHK Köln anzupassen. Die letzte Anpassung habe im Jahre 2018 stattgefunden. Nun solle die Funktionsfähigkeit der Vollversammlung und der Schutz der handelnden Organe weiter verbessert werden.

Dafür solle ein Satzungsausschuss eingesetzt werden, der sich dieser Thematik widme. In der personellen Besetzung dieses Ausschusses wolle man auf die Expertise von Herrn Hemig, Frau Dr. von Möller, Herrn

Remmert und Frau Zimmer zurückgreifen, da sie bereits 2018 in der Satzungskommission mitgearbeitet hätten. Weiterhin seien Herr Gahn und Herr Wüerst bereit, ebenfalls im Ausschuss mitzuwirken. Herr Dr. Vetterlein und sie selbst wollten auch im Ausschuss mitarbeiten.

**Frau Dr. Grünewald** erkundigt sich, ob Fragen zu den beiden Beschlussvorschlägen bestünden. Dies ist nicht der Fall. Daraufhin verliert sie die beiden Beschlussvorschläge und stellt diese nacheinander zur Abstimmung. Sie kündigt einen Abstimmungszeitraum von jeweils einer Minute an und weist darauf hin, dass die Abstimmung mit dem VOTR-Tool durchgeführt werde.

#### BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt, einen Satzungsausschuss einzusetzen. Sie beauftragt den Ausschuss, bis zum Herbst einen beschlussfähigen Satzungsentwurf zu erarbeiten.

Ja: 40

Nein: 0

Enthaltung: 1

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass der Beschluss ergangen sei, einen Satzungsausschuss einzuberufen.

#### BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln benennt die folgenden Personen zu Mitgliedern des Satzungsausschusses: Mike Gahn, Frank Hemig, Dr. Nicole Grünewald, Christian Remmert, Dr. Uwe Vetterlein sowie aus der Mitte der Vollversammlung: Dr. Sandra von Möller, Alexander Wüerst und Claudia Zimmer.

Ja: 36

Nein: 2

Enthaltung: 2

**Frau Dr. Grünewald** bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit im neuen Satzungsausschuss.

### Beschaffungsrichtlinie um Nachhaltigkeitsaspekte erweitert

**Frau Dr. Grünewald** informiert, dass die Genehmigung der Beschaffungsrichtlinie der IHK Köln grundsätzlich der Präsidentin und dem Hauptgeschäftsführer obliege. Herr Dr. Vetterlein und sie hätten jedoch gemeinsam entschieden, die Beschaffungsrichtlinie zunächst dem Präsidium und heute auch der Vollversammlung zur zustimmenden Kenntnisnahme vorzulegen. Die Beschaffungsrichtlinie sei dahingehend ergänzt worden, dass künftig Nachhaltigkeitsaspekte einzubeziehen seien. Weiterhin sei klargestellt worden, dass die IHK Köln kein öffentlicher Auftraggeber nach europäischem Recht sei. Im nationalen Recht sei die IHK Köln öffentlicher Auftraggeber.

**Herr Zarinfar** weist darauf hin, eine Definition des Begriffs Nachhaltigkeit zu bestimmen und Kriterien festzulegen, also beispielsweise, ob man auf die ökologische und/oder die auf ökonomische Nachhaltigkeit abstelle, um den Begriff im Verfahren handhabbar zu machen sowie sich nicht dem möglichen Vorwurf des „Greenwashings“ auszusetzen.

**Frau Dr. Grünewald** bedankt für den Hinweis, hierzu gebe es Abgrenzungen. Sie erkundigt sich, ob Fragen zum Beschluss bestünden. Dies ist nicht der Fall.

**Frau Dr. Grünewald** verliert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung. Sie kündigt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an und weist darauf hin, dass die Abstimmung mit dem VOTR-Tool durchgeführt werde.

## BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln nimmt die Änderung der Beschaffungsrichtlinie zustimmend zur Kenntnis.

Ja: 41

Nein: 1

Enthaltung: 2

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass die Vollversammlung die Beschaffungsrichtlinie positiv zu Kenntnis genommen habe.

## Benennungen für den Berufsbildungsausschuss

**Frau Dr. Grünewald** informiert, dass das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW, das die Berufung von Mitgliedern des Berufsbildungsausschusses vornehme, die IHK Köln gebeten habe, Benennungen für die jeweils sechs ordentlichen und stellvertretenden Arbeitgeber-Mitglieder vorzunehmen. Die aktuelle Berufungsperiode ende zum 31. Juli 2022. Sie verweist auf die mit der Einladung versandte Liste. Die vorgeschlagenen Personen seien in ihren Unternehmen mit Angelegenheiten der beruflichen Bildung betraut und könnten die im Ausschuss anstehenden Entscheidungen aufgrund ihrer Erfahrung in die erforderlichen Sachzusammenhänge einordnen. **Frau Dr. Grünewald** erkundigt sich, ob Fragen zu der Benennung bestünden. Dies ist nicht der Fall.

**Frau Dr. Grünewald** verliest den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung. Sie kündigt einen Abstimmungszeitraum von einer Minute an und weist darauf hin, dass die Abstimmung mit dem VOTR-Tool durchgeführt werde.

## BESCHLUSS

Die Vollversammlung der IHK Köln benennt die vorgeschlagenen Arbeitgebervertreterinnen und Arbeitgebervertreter für den Berufsbildungsausschuss.

Ja: 36

Nein: 1

Enthaltung: 2

**Frau Dr. Grünewald** teilt mit, dass die Vollversammlung die vorgeschlagenen Personen zur Benennung bestätigt habe.

## TOP 7 Kurzberichte aus den Ausschüssen

**Herr Gebhard** berichtet aus dem Ausschuss für Internationales. Vor dem Hintergrund des internationalen Geschäfts forderten die Unternehmen mit Blick auf die Landtagswahl 2022, die marode Infrastruktur, zu der ebenso der Brückenbau, wie beispielsweise auch die Digitalisierung gehörten, anzugehen. Auch bereite der Fachkräftemangel große Probleme, hierzu zählten der Mangel an Fachkräften und unrealistische Erwartungen von Kandidatinnen und Kandidaten an ihren Arbeitsplatz. Erschwerend hinzu kämen die Pandemie und die damit verbundenen Beschränkungen. Lösungsmöglichkeiten zur Milderung des Fachkräfteproblems würden in der zunehmenden Automatisierung sowie in der Zuwanderung von Fachkräften gesehen. Weiterhin berichtet **Herr Gebhard**, dass sich der Ausschuss den Themen Sustainable Finance, EU-Taxonomie und Berichtspflichten gewidmet habe. Es habe Einigkeit bestanden, dass die Auswirkungen der EU-Taxonomie auf die Unternehmen einschneidend sein würden. Es sei zu erwarten, dass sich die Finanzierungsbedingungen und der Kapitalzugang

an den neuen Regelungen ausrichten würden. Für Unternehmen, welche die Kriterien nicht erfüllen würden, verschlechterten sich die Bedingungen oder es käme zu einer Blockierung des Zugangs zu Finanzierungen. Es werde davon ausgegangen, dass die Taxonomie auch Einzug in die Förderprogramme der Landes- und der Bundesregierung halten werde. Einige Teilnehmer seien der Ansicht, dass es allein schon mit Blick auf den Aufwand ratsam sei, die Eigenkapitalquote zu erhöhen bzw. auf Fördergelder zu verzichten. Die Entwicklung führe dazu, dass Unternehmen – insbesondere der Mittelstand – nicht wegen sondern trotz der Politik erfolgreich seien.

**Herr Gahn** berichtet aus dem Ausschuss für Digitales & Innovation. In der vergangenen Sitzung im November habe die Vollversammlung das Positionspapier „Digitales Umfeld für Unternehmen und Start-ups“ verabschiedet. Darin seien Ziele für die Themen „Köln als Digitalstandort positionieren“, „Digitale Infrastrukturen schaffen“ und „Digitale Stadtverwaltung neu denken“ konkretisiert worden. Je eine Sitzung des Ausschusses widme man nun der Ausgestaltung und dem weiteren konkreten Vorgehen in diesen Feldern. In der vergangenen Woche sei der Auftakt mit dem „Digitalstandort“ erfolgt. Weiter berichtet **Herr Gahn** von der Arbeit des DIHK-Ausschusses ITK, dessen stellvertretender Ausschussvorsitzender er sei. Hier habe man zum Thema Online-Zugangsgesetz diskutiert. **Herr Gahn** bittet die Unternehmerinnen und Unternehmer ferner, sich angesichts der aktuellen geopolitischen Lage intensiv mit dem Thema Cyber-Security auseinanderzusetzen.

Abschließend kündigt **Herr Gahn** den Start der digitalen Gremienarbeit für alle interessierten Gremien der IHK Köln an. Für eine Teilnahme sei es nur erforderlich, ein kostenloses Konto bei Microsoft anzulegen oder ein vorhandenes Konto zu nutzen, um die Microsoft-Teams-Funktionen nutzen zu können.

**Herr Schilling** gibt einen Einblick in die Arbeit des Ausschusses für Stadt- & Regionalentwicklung. Den Prozess hin zu einer attraktiven Innenstadt zu begleiten und konkrete Impulse zu geben, sei dringend notwendig. Deshalb habe man einen speziellen Fokus auch auf die Entwicklung des „Sorgenkindes“ Neumarkts gelegt. Hier sei zwar ein aktiver Austausch mit dem Stadtvorstand und mit Vertretern der Initiative vor Ort im Gange, doch hänge vieles an Umsetzungsproblemen. Auch die Immobilienwirtschaft sei involviert worden, um einen breiten Konsens zu finden. In der zweiten Jahreshälfte werde ein Strategievorschlag für die weiteren Schritte erwartet. Im Februar habe der Ausschuss für Stadt- & Regionalentwicklung gemeinsam mit dem Ausschuss für Mobilität intensiv über die Vorbereitung des geplanten Positionspapier Mobilität diskutiert.

**Herr Meier** berichtet von der Sitzung des Berufsbildungsausschusses. Die Sitzung sei von rechtlichen Beschlüssen geprägt gewesen. So wurde eine Rechtsvorschrift für den neuen Fortbildungsabschluss „Fachwirt/-in für audiovisuelle Medienproduktionen“ beschlossen. Zudem sei die Rechtsvorschrift für die Ausbildung zur/m „Fachpraktiker/in Büromanagement“ erlassen worden. Zielgruppe für diese Ausbildung seien Menschen mit Behinderung, denen aufgrund der Art und Schwere ihrer Behinderung, auch unter der Anwendung eines Nachteilsausgleich, keine Regelausbildung möglich sei. Bei der Fachpraktiker-Ausbildung handele es sich um eine Ausbildung innerhalb des Berufsbildungsgesetzes, welche eine anschließende Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ermögliche. Zukünftig werde sich der Berufsbildungsausschuss schwerpunktmäßig mit dem Thema „Fachkräfte“ beschäftigen.

**Herr Müller-Drexel** berichtet aus dem Ausschuss für Umwelt & Energie. Neben einer Diskussion zu den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Energieversorgung habe man sich damit beschäftigt, wie sich die Wirtschaft bei der klimapolitisch motivierten Transformation grundsätzlich vor Wettbewerbsnachteilen schützen könne. Dafür sollten zum einem Klimaschutzverträge eingeführt werden, die dazu beitragen könnten, Risiken in Bezug auf die Höhe und Schwankungsbreite von CO<sub>2</sub>-Preisen abzumildern. Aufgrund der kurzen Zeit zur Transformation der Wirtschaft erscheine dies notwendig. Zum anderen sei es um den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich gegangen, der international unterschiedliche Preise für CO<sub>2</sub> beim internationalen Handel ausgleichen solle. Problematisch sei hier, dass der Export nicht mitberücksichtigt werde.

## TOP 8 Zur Information

### Nachberufene Mitglieder Beratende Versammlung Rhein-Erft und Wirtschaftsgremien

**Frau Dr. Grünewald** führt aus, dass sie sich über weitere Mitglieder freuen würde, die sich ehrenamtlich in den Gremien der IHK Köln engagieren würden. So habe das Präsidium in seiner Sitzung am 22. Februar 2022 Herrn Michael Humann, Herrn Franz Pierenkemper, Herrn Walter Reinarz und Herrn Markus Ritterbach in die Beratende Versammlung Rhein-Erft und Herrn Thomas Ebker und Herrn Thomas Pletsch in die Wirtschaftsgremien Burscheid/Odenthal und Wermelskirchen berufen. Herr Dr. Metten sei zum Vorsitzenden des Wirtschaftsgremiums Overath ernannt worden. **Frau Dr. Grünewald** bedankt sich herzlich für das Interesse und wünscht eine erfolgreiche Gremienarbeit.

### MRR-Berufungen

**Frau Dr. Grünewald** informiert, dass jede Rheinland-IHK bis zu sechs Vertreterinnen und Vertreter in die Mitgliederversammlung des Metropolregion Rheinland e.V. entsenden könne. Die Mitgliederversammlung tage einmal jährlich. Dem Präsidium obliege es, über die Besetzung dieser Mandate zu befinden. Das Präsidium habe in seiner Sitzung am 22. Februar 2022 das bisherige Mandat von Herrn Hemig auf Herrn Dr. Vetterlein und das Mandat von Herrn Dr. Soénius auf Frau Betzing übertragen. Die IHK Köln entsende nun Herrn Bausinger, Frau Betzing, Frau Dr. Grünewald, Herrn Pilatzki, Herrn Schilling und Herrn Dr. Vetterlein in die Mitgliederversammlung. **Herr Dr. Vetterlein** ergänzt, dass Herr Thomas Schauf zum 1. Mai 2022 zum neuen Geschäftsführer des Metropolregion Rheinland e.V. berufen worden sei. Herr Schauf sei seit dem Jahr 2015 als Senior Expert & Regulatory Affairs bei der Deutschen Telekom AG beschäftigt gewesen. Gemeinsam mit dem neuen Vorstand werde Herr Schauf den e.V. fokussierter und schlagkräftiger ausrichten.

## TOP 9 Sonstiges

**Herr Schmitz** berichtet von den Auswirkungen der Autobahnspernung auf der A61 zwischen dem Kreuz Erfttal und dem Kreuz Bliesheim. Diese habe erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Region und ziehe Stauungen auf der A3 und dem Kölner Ring nach sich. Alle Unternehmen der Verkehrswirtschaft seien hiervon betroffen, die Sperrung wirke sich aber indirekt auch auf viele weitere Unternehmen in der Region aus. Die IHK Köln müsse eingreifen und sich dafür aussprechen, wenigstens eine Fahrspur für den Verkehr zu öffnen. **Frau Gerfer** betont, sie werde sich als Präsidiums-Patin des Mobilitätsausschusses persönlich dafür einsetzen und mit dem Landrat in Kontakt treten. **Frau Dr. Grünewald** und **Herr Dr. Vetterlein** ergänzen, dass sie sich bei ihrem in Kürze stattfindenden Gespräch mit dem Landrat ebenfalls für eine tragfähige Lösung einsetzen würden.

**Frau Dr. Grünewald** erkundigt sich, ob weitere Wortmeldungen bestünden. Dies ist nicht der Fall.

**Frau Dr. Grünewald** bedankt sich herzlich für die konstruktiven Diskussionen im Rahmen der sehr umfangreichen Tagesordnung und für die gemeinschaftlich mit großer Mehrheit getragenen heutigen Beschlüsse. Sie wünscht allen Mitgliedern und Gästen eine gute Zeit bis zur nächsten Sitzung am 14. Juni 2022 und lädt die anwesenden Personen zu einem kleinen Imbiss ins Börsensaal-Foyer ein.

**Frau Dr. Grünewald** schließt die Sitzung um 21:10 Uhr.

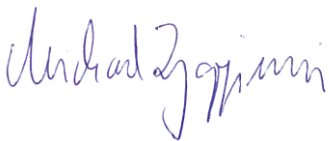
Köln, 22. April 2022



Dr. Nicole Grünewald  
Präsidentin der IHK Köln



Dr. Uwe Vetterlein  
Hauptgeschäftsführer der IHK Köln



Michael E. Zygojannis  
Protokollant